„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"
J. B. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal — 1835-1837 Halifax Strasse, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochsausgabe, 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.:
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Wahlrecht und Wahlpflicht

Die konservative Regierung hat für die fälligen Dominionwahlen ein ganz unglückliches und ungünstiges Datum, den 14. September, ausgesucht, sodaß man wirklich zur Ueberzeugung gelangen muß, daß die Tories ein besonders lebhaftes Interesse daran haben müssen, die wahre Stimmung des Farmerwestens nicht zum vollen Ausdruck kommen zu lassen. Eine andere Erklärung ist wohl für ein Wahldatum mitten in der Dreschzeit nicht denkbar.

Sache unserer Farmer ist es nun, dafür zu sorgen, daß der hinterlistige Plan der Konservativen zunichte gemacht wird. Große politische Fragen werden in diesem Wahlkampf entschieden. Für uns im Westen handelt es sich vor allem darum, ob die farmerfreundliche liberale Regierung wieder ans Ruder kommen soll, oder ob Arthur Meighen mit seinen konservativen Helfershelfern, denen nur das Gedeihen des industriellen Ostens am Herzen liegt, den Sieg davontragen soll. Besonders in der letzten Parlamentssession hat das King-Kabinett deutlich bewiesen, daß es gewillt war, mit allen Kräften zum Fortschritt und zur Entwicklung des Westens beizutragen, wie die Forderung des Bahnbaues zur Hudsons Bay, die Herabsetzung der Einkommensteuer und des Briefportos, die Ermäßigung der Autotarife, die Bemühungen um die Gewährung landwirtschaftlicher Kredite und verschiedene andere Projekte zeigten. Leider konnte ein großer Teil der Gesetzgebungsarbeit durch die vertrühte Auflösung des Unterhauses, was den Konservativen und ihrem Freunde, dem Generalgouverneur, zu verdanken ist, nicht vollständig erledigt werden. Doch muß jeder aufmerksame Beobachter der Vorgänge in Ottawa zugeben, daß die liberale Regierung alle Hebel in Bewegung setzte, um den berechtigten und vernünftigen Forderungen des Westens in vollem Maße Rechnung zu tragen und so zu einem weiteren Aufblühen der canadischen Wirtschaft beizutragen. Die Konservativen hingegen warfen der liberalen Regierung auf Schritt und Tritt Prügel zwischen die Beine, um sie an der Ausführung ihrer großen gesetzgeberischen Maßnahmen zum Besten des Westens zu verhindern. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Liberalen auch in Zukunft die einzigen ehrlichen und aufrichtigen Freunde des Westens sein werden, wie ihr politisches Bekenntnis zu den Crow's Rest-Frachtraten, zu niedrigem Zolltarif, zu weiter ermäßigten Steuern, zur Fertigstellung der Hudsons Bay-Bahn, zur Gewährung landwirtschaftlicher Kredite zu niedrigem Zinsfuß erkennen läßt. Diese Tatsache allein sollte schon für jeden, dem der Fortschritt des Westens am Herzen liegt, Grund genug sein, am 14. September sein Wahlrecht auszuüben.

Noch mehr Ursache haben wir Deutschcanadier, uns auf unser Wahlrecht und unsere Wahlpflicht zu besinnen. Nach verschiedenen Aeußerungen der letzten Zeit ist es sonnenklar, daß eine konservative Regierung unsere Bürgerrechte beschneiden und uns vielleicht sogar das Wahlrecht, das vornehmste Recht eines jeden freien Mannes, beschneiden würde. Der konservative Führer, Arthur Meighen, hat sich nicht gescheut, den „War Time Election Act" öffentlich zu verteidigen, und damit erklärt, daß er in jener Entrechtung und Knechtung der Deutschen gar nichts Anstoßiges erblicken konnte. Das spricht Bände. Wenn ein Mann wie Meighen, der durch Generalgouverneurs Gnaden heute canadischer Premier ist, acht Jahre nach Kriegsende noch so über eine gehässige Kriegsmaßnahme zu reden wagt, so sollte das uns zu denken geben. Wenn ein Mann wie George Wright, ein angesehener Konservativer von Ontario, öffentlich und in Gegenwart der leitenden Männer der konservativen Partei die Wahlentrechtung der Fremdgeborenen fordert, so muß das für uns ein flammendes Warnungszeichen sein. Wir müßten fürwahr von allen guten Geistern verlassen sein, wollten wir angesichts solcher Gefahren mit lächerlichen Entschuldigungsgründen am 14. September zu Hause bleiben. Wer es gut meint mit sich selbst und seinem ehrlich erworbenen Bürgerrecht, wer für die Freiheit und Gleichberechtigung seiner Stammesgenossen eintritt, wer die Zukunft des Deutschtums in diesem Lande gesichert sehen will, muß am 14. September auf ein oder zwei Stunden seine Dreschmaschine verlassen und mit Frau und erwachsenen Kindern zur Wahl gehen, ganz gleich, wie das Wetter sein wird, ganz gleich, welche Schwierigkeiten sich immer in den Weg stellen. Am 14. September muß es sich zeigen, wieviel Opfer wir für unsere Sache als freie Deutschcanadier bringen können. Die Konservativen sollen erfahren, daß überall da, wo die Deutschsprechenden in größerer Zahl leben, Interesse für die Wahl vorhanden ist, daß wir uns nicht wie Kälber und Schafe zur Schlachtbank führen lassen, sondern daß wir für unser gutes Recht, für unsere Freiheit und unsere Gleichberechtigung als canadische Bürger zu kämpfen wissen. Wehe uns, wenn wir gleichgültig und teilnahmslos an den großen Fragen dieses Wahlkampfes vorübergehen! Dann werden die Konservativen erklären: „Die „Foreigners" haben anscheinend kein Interesse an ihrem Wahlrecht; folglich werden sie auch nicht protestieren, wenn wir ihnen dieses Recht beschneiden und verkürzen." Sollen wir selbst den Tories Waffen gegen uns in die Hände geben?

Wahlrecht ist Wahlpflicht. Jeder Bürger, der dieses Ehrentitels würdig sein will, hat vor seinem Gewissen die heilige Pflicht, an den Problemen seines Landes lebhaften Anteil zu nehmen, weil er mitverantwortlich ist für das Schicksal seines Landes, weil er mitverantwortlich ist für die Zukunft seiner Kinder und Kindeskinder. Wer über zu hohe Steuern jammern, wer über eine Regierung klagen, wer über diese und jene Zustände bei jeder Gelegenheit Zeter und Mordio schreien will, muß am Wahltag zeigen, daß er seine Pflichten als Bürger kennt und erfüllt. Das ist die beste Kritik, wenn man selbst mit Hand anlegt, wenn, man selbst durch seinen Stimmzettel zum Ausdruck bringt, wie das Land in Zukunft regiert und verwaltet werden soll. Darum, Deutschcanadier, heraus am 14. September! Keine deutsche Stimme darf fehlen. Keine deutsche Stimme darf für die Feinde des Westens und für die Feinde der Fremdgeborenen abgegeben werden.

Ein Aufruf gegen jede Konskription

Am Vorabend der wichtigen Septembertagung des Völkerbundes erließen angesehene Männer und Frauen von 15 Ländern einen Aufruf an die Welt. Der Aufruf verlangt Abschaffung der Wehrpflicht als erster Schritt für Weltentwaffnung und fordert die Liga zur Mitwirkung auf, um jede Konskription für rechtswidrig erklären zu lassen. Diesen Vorschlag machte Präsident Wilson in dem ursprünglichen Entwurf für den Völkerbund.

Die meisten Zeichner sind naturgemäß Pazifisten, der Aufruf trägt aber die Namen von zwei deutschen Generalen, von Deimling und von Schönaich. Zu sonstigen Zeichnern gehören Paul Löbe, Präsident des deutschen Reichstags; Frau Annie Besant, Indien; Professor Albert Einstein; M. K. Gandhi, Indien; George Lorbury, Mitglied des englischen Unterhauses; Lord Parmoor, England, und andere.

„Im ersten Entwurf des Abkommens über den Völkerbund", heißt es in dem Aufruf, „stellte Präsident Wilson vor, die Konskription in allen zur Liga gehörigen Ländern gesetzwidrig zu machen. Wir haben die Pflicht, den ursprünglichen Geist, welcher die Liga geschaffen hat, wiederzustellen. Dieser Geist erfüllt auch viele von jenen, die im Kriege gekämpft haben. Durch die allgemeine Abschaffung der Wehrpflicht können wir einen entscheidenden Schritt zum Frieden und zur Freiheit machen. Wir fordern darum Männer und Frauen auf, in allen Ländern zur Schaffung einer öffentlichen Meinung beizutragen, welche die Regierungen und den Völkerbund zu diesem entscheidenden Schritt veranlaßt, um die Welt vom Geist des Militarismus zu befreien und eine neue Zeit der Freiheit und Brüderlichkeit unter den Völkern anzubahnen."

Weitere Knechtung der Deutschen in Südtirol.

Die Unterjochung der einheimischen deutschen Bewohner Südtirols wird von den italienischen Machthabern in der schärfsten Weise fortgesetzt. Mussolinis Römer wittern überall „deutsche Gefahr" und besonders haben sie es auf deutsche Ortsbeamte abgesehen.

Der Bürgermeister der Gemeinde Burgstall in Südtirol ist vom Präfekten Guadagnini seines Amtes mit der Begründung enthoben worden, er habe die Erteilung geheimen Unterrichts in deutscher Sprache nicht nur geduldet, sondern überdies dadurch gefördert, daß er seine Kinder zum Besuch dieser geheimen Schule veranlaßte. Ein solches Verhalten sei eine Verletzung der Treue gesetzlichen Bestimmungen und mit der Eigenschaft eines örtlichen Regierungsbeamten unvereinbar.

Auch der Bürgermeister der Gemeinde Gramm in Südtirol, Dr. Lassian Noggler, wurde gemaßregelt. Er wurde seines Amtes enthoben, weil er, wie es im Dekret des Präfekten heißt, „sich weigerte, als Vertreter der Gemeindeverwaltung an der italienischen „Siegesfeier" in Bozen teilzunehmen und Verhinderungsgründe vorschützte, welche die Erhebungen als gänzlich unbegründet erwiesen haben."

Mussolini hat vor einigen Tagen die Aufstellung einer neuen (45.) Legion der „Miliz für die nationale Sicherheit" angeordnet, deren Mitglieder sich aus den rein deutschen Bezirken Bozen, Meran, Brixen und Bruneck rekrutieren. Das Kommando wird seinen Sitz in Bozen haben.

Weltumschau

Deutschland

Deutschland wurden vom Botschafterrat der Alliierten drei weitere Noten zugestellt, die aber die einmütige Ablehnung der deutschen Presse finden. In der Hauptsache fühlt sich der Botschafterrat zu einer Beschwerde gegen die Tätigkeit der deutschnationalen Verbände berechtigt, in denen er eine ausgesprochene Militärgefahr erblickt. Deutschland wird dann noch die Verletzung verschiedener Abrüstungsverträge zum Vorwurf gemacht, unter anderen auch der gegenwärtige „hohe Stand" der Reichswehr. In Deutschland weist man alle diese Anschuldigungen zurück. Die deutschnationalen Verbände, sagt man, haben lange aufgehört, Militärformationen zu sein und verfolgen rein politische Tendenzen. Teilweise sind diese sogar auf die völlige Wiederaussöhnung der deutsch-französischen Politik eingestellt, wird erklärt. Ebenso einig ist man sich in der Ansicht, die Militärführer der Alliierten seien bemüht, das Friedenswerk von Locarno und die kommenden Früchte der nächsten Völkerbundtagung über die Häupter der Regierungen hinweg zu zerstören. Die Vorstellungen bezüglich der Reichswehr sind letzten Endes das Werk deutscher Kommunisten, die gegen die Verstärkung der Reichswehr im Ausland protestierten.

In Nürnberg fand eine große Gegendemonstration der Nationalisten gegen eine kürzlich von den Republikanern veranstaltete Kundgebung statt. 20,000 Kämpfer des Weltkrieges marschierten in Parade vor dem früheren bayerischen Kronprinzen Rupprecht, dem Prinzen Oskar, einem Sohne des früheren Kaisers Wilhelm, und Feldmarschall von Mackensen, die von einer großen Zahl ehemaliger Offiziere des Heeres und der Flotte umgeben waren, vorbei. Drei Stunden dauerte der Vorbeimarsch. Zahlreiche Kapellen und 1100 Fahnen befanden sich im Zuge. Die Feldmärschälle Rupprecht und Mackensen wurden bei ihrem Eintreffen auf dem historischen Marktplatz, wo sie die Parade abnahmen, stürmisch begrüßt. Den Kriegsveteranen von 1864, 1866 und 1870 hatte man einen besonderen Platz zur Besichtigung der Parade eingeräumt. In den Straßen, durch welche sich der Zug bewegte, bildeten gegen 250,000 Leute Spalier, die den ehemaligen Kriegern zujubelten. Die Generale und die Prinzen wurden mit den ihnen zugeworfenen Blumen förmlich überschüttet. Nach den begeisterten Ausbrüchen der Zuschauer zu urteilen, war jeder von ihnen ein überzeugter Nationalist. Die republikanischen Organisationen hielten sich der Kundgebung fern, um Zusammenstöße zu vermeiden. Außer den Veteranen marschierten auch Vertreter jeder nationalistischen Organisation, Studenten in voller Wichs, Bergarbeiter in ihrer Festtagsuniform, Kolonialsoldaten, Bayern und Tiroler in ihrer Nationaltracht mit. Die meisten Häuser der Stadt waren festlich geschmückt, aber keine einzige republikanische Flagge war zu sehen. In Verbindung mit der Kundgebung wurde eine Massenversammlung in einer Halle abgehalten, die, obwohl sie 15,000 Leute faßt, gedrängt voll war. Der frühere bayerische Kronprinz Rupprecht erinnerte in einer Ansprache an die zahlreichen Taten der alten Armeen. Prinz Oskar überbrachte Grüße vom Kaiser, Generalfeldmarschall von Mackensen, der in den letzten Tagen in Doorn zu Besuch war, Grüße des früheren deutschen Kaisers. Die Aufforderung Mackensens, den Geist der alten Armee hochzuhalten, brachte ihm den stürmischen Beifall der Teilnehmer der Versammlung ein.

Schweiz.

Bei der Eröffnung des 25. Weltfriedenskongresses in Genf erregte es nicht geringes Aufsehen, daß Paul Löbe, der Präsident des deutschen Reichstages, von einem französischen Delegierten auf's tiefste beleidigt wurde. Dieses Zeichen der Versöhnung fand bei den 300 Delegierten lebhaften Beifall.

La Fontaine, der Vizepräsident des belgischen Senats, erklärte, daß der Kongreß beauftragt sei, den finanziellen und wirtschaftlichen Imperialismus zu bekämpfen, ebenso wie die früheren Kongresse gegen politischen und militärischen Imperialismus angekämpft hatten.

Ein dem Kongresse unterbreiteter Antrag strebt darauf hinaus, eine große Versammlungsmanifestation zu veranstalten, entweder in Pnompenh zur Beendigung der Weltausstellung, oder bei der Akropolis in Athen, dem Forum in Rom oder auf dem Champ de Mars in Paris.

Die Zusammenkunft von Mitgliedern des kündigen Gerichts für internationale Gerechtigkeit, welche die Vorbehalte der Ver. Staaten zum ständigen Gerichtshof wurde an Genf eröffnet. Zum Vorsitzenden der Konferenz ist Professor van Eysinga, holländisches Mitglied des Gerichts, gewählt. Als Konsulenten wurden Celor Zumeta von Venezuela und Sir Francis Ell aus England. Die Versammlung beschloß, daß die Sitzungen für Presse und Publikum zugänglich sein sollen. Der schon vorgestern gemachte Vorschlag wurde von Sir George Foster aus Canada warm unterstützt und einstimmig angenommen. Der Vorsitzende schilderte dann die amerikanischen Verhandlungen über das Gericht. Er pries den Tag, an welchem die Ver. Staaten ihren Beitritt zu dem Gericht beschlossen, als einen der bemerkenswertesten in der Geschichte. Der Redner huldigte den Ver. Staaten, als dem Land, welches die große Bewegung von Schiedsgerichten eingeleitet habe. Er verwies auf verschiedene Vereinbarungen der Ver. Staaten, besonders mit Großbritannien. Das ganze 19. Jahrhundert hindurch sagte er, seien die Ver. Staaten an der Spitze dieser Bewegung geblieben, wie die Knox- und Bryan-Verträge und die amerikanische Tätigkeit an den beiden Haager Konferenzen zeigen. Gegen den Vorbehalt, daß die Statuten des Gerichts ohne Zustimmung der Ver. Staaten nicht geändert werden dürfen, erhob sich unerwarteter Widerspruch. Sir George Foster aus Canada sagte, Mitglieder der Liga, gegen welche die Ver. Staaten keine Verpflichtungen haben, würden dadurch gehindert, die Gerichtsstatuten ohne amerikanische Erlaubnis abzuändern. Die Mitglieder der Liga können eine Aenderung in Zukunft für nötig halten und er bezweifle die Weisheit des amerikanischen Vorschlags. Der Canadier wurde vom Marquis Imperiali, früher Justizminister von Jugoslawien, warm unterstützt. Der belgische Vertreter tritt für den Antrag des amerikanischen Senats ein. Der Ton der Verhandlungen wurde scharf, als Dominicis Amerika durch Vergleiche zum Kriegszustand Venezuela zwang. Sie verlangten genaue Aufklärung, als Verdeutung der Statuten Einstimmigkeit aller eine Reihe Mitglieder erforderte. In der Tat, erzogen sich daß keine Bestimmung bestehe, welche Einstimmigkeit vorschreibe.

Frankreich

Frankreich wird seine Finanzgesetzgebung in Ordnung bringen und solche wirksame Maßnahmen ergreifen, die dem Zweck dieses Planes dienlich sein werden. Das ist nach erfolgreicher Vertretung der Königlichen Partei, gemäßigter Mitwirkung der Sozialisten, der die vorgestrige Regierung dem im Parlament wie im Ausland immer wieder auf unbestimmte Gerüchte gegründeten Mißtrauen, Ausfälligkeiten und heftige Kampfansagen aller einzelnen Pläne bekämpfen, um Frankreichs zerrüttete Finanzen in Ordnung zu bringen und den Franken zu stabilisieren.

Die „Königliche Partei" wurde vom Finanzministerium ermächtigt zu erklären, daß der vorgestrigen Regierung kein prozentuiger Plan bekannt, daß sie mitteilung unfähig ist, eine Sanierung ohne Vorstellungen seitens des Auslandes in Ordnung zu bringen und daß nichts, was einem Dawes-Plan nahekommen könnte, erwartet wurde. Die Frankreich auch nur eine Minute lang in Betracht kame.

Diese Erklärung wurde im Finanzministerium unzugänglich, daß sollte einer der bevorstehenden gesamtfinanziellen Entwürfe, die jetzt in Frankreich zu Besitz weilen, wünschen sollte, von Premier Poincaré empfangen zu werden, dieses Wunsche gerne entsprochen werden würde, aber weiter habe die vorgestrige Regierung die ausländischen Finanzkreise nicht um Rat gefragt.

Gestrige Ankündigungen in der Presse, daß Dr. Gustimar Schacht, der Präsident der Reichsbank nach Frankreich kam, um sich an verschiedenen Finanzkonferenzen zu beteiligen, haben die französische Stimmung ungünstig beeinflußt. Man hat der Ansicht, daß diese Gerüchte von Deutschland aus zu keinem der Frankreich guten Zweck verbreitet werden.

Alle unerfahrenen Finanzkreise, die in diesem Sommer in Frankreich weilten, haben sich bemüht, daß eine Unterredungen einzig und allein mit der französischen Finanzaufsicht zu tun hatten.

In der von den französischen Finanzministerium abgegebenen Erklärung heißt es auch, daß die vorgestrige Regierung ausschließlich mit den inneren Angelegenheiten des Landes voll beschäftigt sei. Wenn zu regeln einer gutkartigen, bei der Hilfe des Auslandes als möglich angesehen werden sollte, würde dies nur auf einer Grundlage der Gleichgewichtung sein, aber gegenwärtig stehe man Fragen nicht in Erwägung.

Großbritannien

Das Parlament war wieder gezwungen, um die Verjährung des wegen des Kohlenbergarbeiterstreiks eingerichteten Ausnahmegesetzes zu erneuern. Die meisten Mitglieder nahmen der Sitzung der Ministerpräsidenten, Sir Austen Chamberlain, Jahr, der am Mittwoch in Genf, Dr. Stresemann, Briand, Zaleski, Jonkheer van Karnebeek und Sir William Tomlin-Sachs teilte, der Verlängerung der Maßnahmen zu begründen und erklärte dabei, daß es in der Minengegend noch ruhig und gesetzlich hergehe. Später wurde in dem Mitgliederhause der Arbeiterpartei, unterstützt, was nur die Sozialisten, in der Sozialistischen Partei Partei der Jahre eines der Mitglieder der Arbeiterpartei gesprochen den Bergarbeiter mitteilend, daß, in einer Sitzung gewiß gewisse Dinge mit dem Kohlenbergbau gemacht, daß Jahre für die Bergleute gelungen, daß es gewisse Bedingungen ausgeführt. Er wurde deshalb von den meisten Sitzungen ausgeschlossen.

Das Parlament stimmte mit 192 gegen 91 Stimmen mit der Verlängerung des Ausnahmegesetzes und [illegible] Maßnahmen für ein weiteres Monat einstimmig.

In der [illegible] Sitzung wurde [illegible] ein [illegible] Gesetz zu [illegible]. Einstimmig wurde [illegible] Gesetz [illegible] Ausführung [illegible] Gesetz [illegible] der Arbeiter [illegible] zu [illegible] Gesetz [illegible] Gesetz [illegible] Gesetz